



Frank Schmitt Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft



Dezember 2011

Aktuell aus dem Wahlkreis Vier



Bürgersprechstunden

Osdorf

**Freitag, 3. Februar
16 Uhr**

Stadtteilbüro Osdorf,
Kroonhorst 11

Blankenese

**Freitag, 10. Februar
16 Uhr**

Lühmanns Teestube
Blankeneser Landstrasse 29

Lurup

**Freitag, 23. März
16 Uhr**

SPD-Abgeordnetenbüro
Frank Schmitt
Luruper Hauptstraße 274

Sülldorf

**Freitag, 13. April
16 Uhr**

Gemeindehaus der Kirchengemeinde
Sülldorf-Iserbrook,
Sülldorfer Kirchenweg 187

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Hamburger Westen!

**Kurz vor Weihnachten die erlösende Nachricht:
Das Böv 38 in Lurup ist gesichert**

Lange Zeit war nicht gesichert, in welchem Umfang das Stadtteilkulturhaus in Lurup im kommenden Jahr geöffnet sein könnte, aber nun steht fest: Das Böv 38 bekommt aus dem Überbrückungsfond, den die Bürgerschaft auf Vorschlag meiner Fraktion bei den Haushaltsberatungen beschlossen hat, kurzfristig 25.000 Euro, damit der Betrieb wie gewohnt aufrecht erhalten werden kann. Mehr zu der frohen Botschaft für Lurup lesen Sie auf Seite 2.

Geld regiert die Welt: Soweit ist es zum Glück nicht. Nach wie vor regiert die Politik. Doch ohne Geld wäre gutes Regieren nicht möglich. Deswegen haben wir in den Haushalt 2011/12 zusätzlich 60 Millionen für Familienhilfen gestellt. Warum wir die Hilfen zur Erziehung auf ein sozialräumliches Fundament stellen, lesen Sie ausführlich auf Seite 5.

Ihnen allen wünsche ich besinnliche Festtage und eine fröhliche Sylvesternacht. Zwischen den Jahren haben Sie hoffentlich geruhsame Tage mit der nötigen Muße, in diesem Newsletter zu blättern.

Mit herzlichem Gruß

Ihr und Euer



Aktuell aus dem Wahlkreis Vier

Osdorf

Post bleibt am Born

Die Partner-Filiale der Post, die seit September in einem Zeitschriften- und Tabakladen am Kroonhorst 9c untergebracht war, zieht vermutlich noch im Dezember in das Ladenlokal um, in dem bis September das Postbank Center war. Auch wird der Born wieder eine Packstation erhalten. Auf dem Aldi-Parkplatz, Bornheide 17.



Blankenese

Bezirkliches Kundenzentrum

Vor den Sommerferien kam es teilweise zu erheblichen Wartezeiten in den Kundenzentren. Zwar konnte der Senat durch den Einsatz von Rückkehrern der City-BKK kurzfristig für Entlastung sorgen, aber Frank Schmitt verweist darauf, das „Leistungen, die jeder Mensch regelmäßig in Anspruch nimmt, in gewohnter Weise abrufbar sein müssen. Wenn sich herausstellt, dass die Wartezeiten aufgrund dauerhafter Unterbesetzung der Kundenzentren zustande kamen, dann soll meines Erachtens mehr Personal an dieser Stelle eingesetzt werden.“ Auch in haushalterisch schwierigen Zeiten müssten die bezirklichen Kundenzentren die bürgerorientierten Dienstleistungen gewährleisten.

Zudem setzt sich Schmitt mit seiner Fraktion dafür ein, dass die Arbeitsbelastung in den Kundenzentren reduziert wird, indem die Onlineangebote für die Bürgerinnen und Bürger weiterentwickelt werden, ebenso der telefonische Hamburg Service, sowie EDV-gestützte Verwaltungsdienstleistungen und Geschäftsprozesse optimiert werden. Dazu hat die SPD-Fraktion den [Antrag 20/2159](#) eingebracht.

Lurup: Auch 2012 bleibt das Stadtteilhaus geöffnet

Auf ein gutes neues Jahr im Böv 38!

Der ehemalige schwarz-grüne Senat hatte Lurup wahrlich nicht verschont: Ortsdienststelle – geschlossen. Haus der Jugend – geschlossen. Öffentliche Bücherhalle – geschlossen. Umso wichtiger ist das Stadtteilhaus Lurup für den Stadtteil. Da auch die schwarz-gelbe Bundesregierung die Bundesmittel für Arbeitsmarktpolitik zusammengestrichen hat, kann das Böv 38 seine elf Aktivjobber ab 2012 nicht weiterbeschäftigen. Es bestand die akute Gefahr, dass die Einrichtung, die für das soziale Miteinander in Lurup sehr bedeutend ist, durch die Kürzung im Personalbereich in Schieflage gerät. Damit das Stadtteilkulturzentrum die nötige Zeit zur Umstrukturierung gewinnt, brauchte es eine solide Finanzierung für 2012. Das wurde schon bei der Sommertour 2011 des SPD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Dressel deutlich, der bei seinem Lurup-Besuch betonte, ihm sei bewusst, wie unverzichtbar das Böv 38 für den Stadtteil und seine Bewohner sei.

Deshalb hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion mit ihrem [Antrag 20/2176](#) beschlossen, einen Überbrückungsfonds bezirkliche Stadtteilarbeit einzurichten. Mit der hierfür bereitgestellten Million für die Haushaltsjahre 2011/2012 sollten die Stadtteil-einrichtungen der Hansestadt kurzfristig in die Lage versetzt werden, ihre Arbeit auf solide, eigenständige finanzielle Füße zu stellen. Damit würden das Böv 38 und andere Häuser dieser Art auch über den Jahreswechsel hinaus in gewohnter Weise weiterarbeiten können. Die Bezirksversammlung Altona, die über den Altonaer Anteil des Überbrückungsfonds in Höhe von rund 140.000 Euro entscheidet, hatte noch vor Weihnachten zunächst 25.000 Euro für das Böv 38 bereitgestellt. Damit wurde dem zusätzlichen Finanzbedarf für 2012, den das Böv 38 auf 50.000 Euro taxiert hat, zur Hälfte entsprochen. Somit bleibt das Böv 38 auch über den Jahreswechsel hinaus dem Stadtteil und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern im gewohnten Umfang erhalten. Über die zweite Hälfte der benötigten Summe will die Bezirksversammlung Anfang des Jahres auf Grundlage eines Konzeptes vom Böv 38 entscheiden.

Frank Schmitt betont: „Wir haben mit dieser einmaligen Überbrückungshilfe noch keine dauerhafte Lösung für das Böv 38 gefunden. Das Ziel ist, für das Böv 38 eine nachhaltig tragfähige Finanzierungsstruktur zu erarbeiten. Das Stadtteilhaus Böv 38 ist wichtig für Lurup und ich werde mich weiterhin mit all meinen Kräften nicht nur für das kommende Jahr sondern für seinen dauerhaften Erhalt einsetzen.“

Frank Schmitt setzt sich in enger Kooperation mit der SPD-Bezirksfraktion dafür ein, dass das Böv 38 im Rahmen des Programms integrierte Stadtteilentwicklung RISE eine dauerhafte Regelfinanzierung erhält. Allerdings droht auch bei RISE Ungemach aus der Berlin, denn die Bundesregierung hat Kürzungen bei den Bundesmitteln für die Städte- und Wohnungsbauförderung beschlossen, aus denen Hamburg Teile seines RISE-Programm finanziert. Mit dem [Antrag 20/2395](#)

ersucht die SPD-Bürgerschaftsfraktion den Senat, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Kürzungen in diesem Bereich zurückgenommen werden.

Eine gute Nachricht zum Schluss: Kurz vor Jahresende wurde bekannt, dass dem Jobcenter team.arbeit.hamburg für die Eingliederung in Arbeit rund 10 Prozent mehr Mittel als geplant zur Verfügung stehen. Die SPD-Fraktion fordert mit dem [Antrag 20/2583](#), dass der zusätzliche finanzielle Spielraum für die Intensivierung der Bildungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen genutzt wird, sowie für die Unterstützung wichtiger Stadtteilprojekte. Damit sollen befristet zusätzlich 500 Arbeitsgelegenheiten finanziert werden. Zusammen mit dem Überbrückungsfonds bezirkliche Stadtteilarbeit können damit weitere Überbrückungshilfen und Anschlussperspektiven ermöglicht werden.



von links: Andreas Dressel, Wolfgang Kaeser und Alexander Hund (beide SPD-Bezirksfraktion Altona), Frank Schmitt und Anne Krischok (SPD-Bürgerschaftsfraktion)

Lurup

„Die Rathausführung war etwas ganz besonderes für uns.“

Seit sechs Jahren treffen sich die insgesamt 18 Mitglieder der Gruppe, die fast alle am Lüdersring wohnen, jeden Dienstag in der Kirche „Zu den Zwölf Aposteln“ in der Elbgaustraße. Untereinander reden sie meistens russisch, sagt Maria Miller, weil die Sprache einfacher für sie sei. Denn in der Sowjetunion war ihnen die deutsche Sprache verboten worden. Lediglich die Eltern hätten mit ihnen zuhause heimlich deutsch gesprochen. Aber schon als Kinder hätten sie auf Russisch geantwortet. Heute sei es genau anders herum: Sie reden mit ihren Enkelkindern russisch, die Kinder antworten auf Deutsch.

Im Herbst hatte Frank Schmitt 15 Russlanddeutsche aus Lurup durch das Hamburger Rathaus geführt. Ein Bericht:

„Frank Schmitt hatte uns zu einer Rathausbesichtigung eingeladen. Die ganze Gruppe hat sich sehr darauf gefreut. Sowohl auf das Rathaus, als auch auf den Abgeordneten. Und wir waren froh, dabei gewesen zu sein. Denn wir waren einfach sprachlos vor Begeisterung – so schön ist das Rathaus. Wir erfuhren von „unserem“ Rathausführer Frank Schmitt viel Interessantes aus der Geschichte des prachtvollen Gebäudes.

Und im Anschluss führte Herr Schmitt ein Gespräch mit uns über seine Aufgaben als Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und über aktuelle Themen, die unsere Stadt bewegen. Es ist ein gutes Gefühl, so freundlich aufgenommen zu werden, obwohl wir aus einem anderen Land kommen. Besonders imponiert hat uns, dass Frank Schmitt sogar an einem Sonntagnachmittag für uns Zeit hatte. Das kann man ja nun wirklich nicht erwarten.

Für uns Russlanddeutsche ist eine Rathausführung durch einen Politiker etwas ganz Besonderes, weil das in der ehemaligen Sowjetunion nicht denkbar gewesen ist. Dort sind die Politiker ganz groß gewesen und wir Bürger waren ganz klein. Deswegen haben wir uns sehr über die freundliche Behandlung von Frank Schmitt gefreut.

Im Namen der Gruppe möchten wir uns herzlich bedanken. Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche politische Arbeit, eine schöne Weihnachtszeit und ein glückliches neues Jahr“

Maria Miller und Leokadia Gillert

Wenn auch Sie eine Rathausführung für Ihren Verein, ihren Kollegenkreis oder eine andere Gruppe wünschen, dann wenden Sie sich an mein Büro.



Die Gruppe der Russlanddeutschen mit Frank Schmitt in Ihrer Mitte im Hamburger Rathaus.

Hamburger Westen

Schulentwicklungsplan 2012: Ausbau vieler Schulen

Der Schulentwicklungsplan 2012 sieht im Hamburger Westen einige Veränderungen vor, um dem steigenden Bedarf zu genügen. Die neue Zweigstelle der Stadtteilschule Blankenese wurde zu Beginn des laufenden Schuljahres im Gebäude des Gymnasiums Rissen geöffnet. Für die dauerhafte Sicherung der Stadtteilschule wird derzeit in einer Machbarkeitsstudie der zukünftige Standort gesucht.

Die Stadtteilschule Lurup soll perspektivisch einen Neubau am Vorhornweg erhalten. Dort werden die Klassen 5 bis 10 untergebracht. Sollte sich kurzfristig eine Perspektive zur Nutzung des ehemaligen Hermes-Geländes ergeben, dann würde die Planung noch einmal überprüft. Die Klassen 11 bis 13 werden mittelfristig, ebenso wie die Grundschule Luruper Hauptstraße am alten Standort Luruper Hauptstraße untergebracht. Die Grundschule Franzosenkoppel bekommt dauerhaft Räume der angrenzenden früheren Ganztagschule Veermoor. Sollte das Goethe-Gymnasium fünfzügig werden, dann bestünde dort erheblicher Zubaubedarf.

In Sülldorf wird die Grundschule Lehmkuhlenweg erweitert, doch die angedachte Fläche muss erst erworben werden. Auch die Schule Schulkamp in Nienstedten müsste erweitert werden, aus Platzmangel ist das nur durch den teilweisen Ersatz von Bestandsgebäuden realisierbar. In Blankenese benötigt die Elbkinder Grundschule am Grotefendweg Räume der Förderschule Grotefendweg.

In Osdorf erhält die Grundschule Goosacker zusätzliche Räume, teilweise durch Umbau und teilweise durch Umnutzung von Räumen der Stadtteilschule Goosacker. Die Stadtteilschule Goosacker wird in das Gebäude der beruflichen Schule H 6 am Ohlenkamp in Groß Flottbek umziehen. Soweit die Vorstellungen im aktuellen Referentenentwurf des Schulentwicklungsplans, der nun breit diskutiert und im Februar beschlossen wird.

Aus der Hamburgischen Bürgerschaft

Parlamentsdebatte

Erste Bürgerschaftsrede von Frank Schmitt



Frank Schmitt spricht am 14. September vor der Hamburgischen Bürgerschaft. Den Mitschnitt der Rede finden Sie im Internet unter www.frank-schmitt.info

Zum SPD-Antrag „Busbeschleunigung zur Verbesserung der Verkehrsanbindung der Großwohnsiedlungen Steilshoop und Osdorfer Born“ hat Frank Schmitt im September 2011 erstmals in eine Parlamentsdebatte eingegriffen.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und wird eine spürbare Beschleunigung der Metrobuslinien 2 und 3 bewirken.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss Elbphilharmonie

Ole von Beust wird als Zeuge aussagen

In der letzten Sitzung des Jahres hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Elbphilharmonie beschlossen, Ex-Bürgermeister Ole von Beust als Zeugen für seine Februar-Sitzung zu laden.

Anlass: Nach den bisherigen Vernehmungen ist der Eindruck entstanden, dass der damalige Senat aus CDU und GAL die Bürgerschaft nicht in allen Punkten richtig über den Umfang des Nachtrags 4 unterrichtet hat. Aufgrund der [Senatsdrucksache 19/1841](#) hatte die Bürgerschaft im März 2009 zusätzliche Mittel in Höhe von 137 Euro für den Bau der Elbphilharmonie bereitgestellt.

Ausschuss für Verfassung und Bezirke

Offenlegungspflicht: Reform Volksabstimmungsgesetz

Transparenz ist ein hohes Gut unserer Demokratie. Auch bei den Spendenregelungen für Volksinitiativen setzt die Bürgerschaft auf strengere Transparenzregeln. In Zukunft soll eine gesetzliche Offenlegungspflicht verhindern, dass Volksinitiativen von einer Organisation gesammelte Spenden in einer Gesamthöhe entgegennehmen, ohne dass die Organisation die Namen der Einzelspender nennen muss.

Ausbildungsreport

17 000 neue Azubis

Der Hamburger Ausbildungsreport 2010/11 belegt, dass im laufenden Jahr fast 17 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen worden sind. Und diejenigen, die leer ausgegangen sind, erhalten zum Februar 2012 eine zweite Chance: Bei der Arbeitsagentur waren schon im November 1500 Angebote gemeldet.

Diejenigen, die wegen fehlender Kompetenzen noch nicht in eine duale Ausbildung übernommen worden sind, werden besondere Hilfen in der Ausbildungsvorbereitung erhalten, die zielgerichtet auf den ersten Arbeitsmarkt zielen.



Jeder junge Mensch soll eine Ausbildung durchlaufen können

Jugendgewalt

Besser rechtzeitig helfen als später strafen

Um dem Problem der Jugendkriminalität wirksamer als bislang zu begegnen, ist eine schnelle Intervention notwendig. Nur so kann das Abrutschen in eine kriminelle Karriere verhindert werden.

Für junge Intensivtäter haben SPD-Fraktion und Senat das Obachtverfahren auf den Weg gebracht: Es ermöglicht die enge und schnelle Kooperation von Gerichten und Staatsanwaltschaft, Polizei, Schulen und Bezirken und verbessert deutlich die notwendige Transparenz in der überbehördlichen Fallbewertung.



Jungfernstieg, Juni 2010: Hamburg ist entsetzt über den Mord an einem Jugendlichen. Das soll sich nicht wiederholen.

Die zuständigen Koordinatoren der einzelnen Dienststellen erhalten die Stammdaten der gefährdeten Jugendlichen sowie sämtliche Ansprechpartner auf einen Blick. Das System wird wöchentlich aktualisiert und bei Bedarf werden überbehördliche Fallkonferenzen einberufen, die ein koordiniertes Eingreifen festlegt.

Das Obachtverfahren leistet damit einen wichtigen Beitrag für die innere Sicherheit in unserer Stadt.

Seniorinnen und Senioren

Seniorenmitwirkungsgesetz gefordert

Die SPD-Fraktion hat eine parlamentarische Initiative für ein Seniorenmitwirkungsgesetz auf den Weg gebracht.

Das neue Gesetz wird die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben fördern und wichtige gesellschaftliche Gruppen wie Sportvereine oder Gewerkschaften beteiligen.

Schon bei der Diskussion über den Gesetzestext sollen die Seniorinnen und Senioren als Experten in eigener Sache eng einbezogen werden. Der Senat soll einen entsprechenden Gesetzentwurf bis Anfang 2012 vorlegen.

Aus der Hamburgischen Bürgerschaft



Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

Sozialräumliche Umgestaltung der Jugendhilfe: Vorsorgen ist besser als Heilen

Durch Hilfen zur Erziehung können Eltern im Bedarfsfalle für ihre Kinder konkrete Unterstützung bekommen. Sorgeberechtigte können für sich und für ihre Kinder Hilfen zur Erziehung beantragen, wenn – so steht es im entsprechenden Gesetz – „eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist“. Nicht alle Familien leben auf der Sonnenseite, und für diejenigen, die Unterstützung bedürfen, gibt es den Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung.

Die Anzahl der von den Jugendämtern verfügbten einzelfallfinanzierten Hilfen zur Erziehung steigt seit Jahren an. Im Haushaltsplanentwurf des Vorgängersenaates wurde diese kontinuierliche Fallzahlensteigerung nicht berücksichtigt. Im Sinne einer realistischen Haushaltsveranschlagung, die diesen Anstieg der in Anspruch genommenen Hilfen zur Erziehung berücksichtigt, hat die Bürgerschaft im Doppelhaushalt 2011/2012 60 Millionen Euro mehr als im vergangenen Haushalt für die Hilfen zur Erziehung bereitgestellt.

Um diese kontinuierliche Steigerung der Fallzahlenentwicklung in einen Gleitflug zu bringen, sollen sozialräumliche Angebote ausgebaut werden. Ziel ist es, aus den vorhandenen Mitteln mehr Wirkung für Hamburgs unterstützungsbedürftige Kinder und Jugendliche zu erzielen und damit einen Beitrag zum Ausgleich sozialer Benachteiligung zu leisten.

Um das Recht der Minderjährigen auf Erziehung und die Pflicht der Sorgeberechtigten zur Erziehung zu gewährleisten, sollen alle Eltern von Anfang an (Schwangerschaft, Geburt, erste Lebensmonate) Hilfe und Unterstützung erfahren, wenn sie diese benötigen. Dabei sollen sie möglichst niedrigschwellig und wohnortnah an die Hilfe gelangen können. Getreu dem Motto „Vorsorgen ist besser als Heilen“ ist die SPD der Überzeugung, dass es ihre Pflicht ist, so frühzeitig wie möglich unterstützend einzugreifen. So können die Probleme angegangen werden, ehe sie sich manifestiert haben und Folgeprobleme daraus erwachsen. Je früher die Förderung, desto erfolgversprechender. Das ist bekannt.

Deshalb hat sich die SPD im Bundesrat für die Familienhebammen eingesetzt, schafft Krippenplätze, baut die Kindertagesbetreuung aus und ermöglicht die ganztägige Betreuung an den Schulen. Die Aussonderung von Kindern und Jugendlichen aus Familie, Kita, Schule, Ausbildung, Freizeiteinrichtungen etc. soll zukünftig vermieden werden. Besteht Hilfebedarf bei den Minderjährigen, soll dieser künftig vorrangig durch Verweisung in sozialräumliche Hilfsangebote oder Angebote der Familienförderung und der Elternbildung erbracht werden. Dabei soll sowohl der Erhalt des stabilisierenden sozialen Umfeldes vorrangiges Ziel sein, als auch der Erhalt des Schulstandortes des jungen Menschen.

Förmliche Hilfen zur Erziehung sollen nur dann genehmigt werden, wenn im Einzelfall absehbar ist, dass sozialräumliche Hilfen keinen Erfolg versprechen oder bereits gescheitert sind. Für die sozialräumlichen Hilfen und Angebote stehen dem Bezirk Altona für 2011 735.000 Euro zur Verfügung, für 2012 wurden die Mittel auf 1,6 Millionen Euro aufgestockt. Neben dem Auf- und Ausbau der sozialräumlichen Hilfen und Angebote wird aus diesen Mitteln auch der ASD gestärkt, der sich für den Hamburger Westen am Osdorfer Born, Achtern Born 135, befindet. Die Mitarbeiter beraten die Hilfesuchenden, kennen die örtlichen Gegebenheiten, wissen welche Hilfsangebote es in den einzelnen

Stadtteilen gibt und können gegebenenfalls dorthin vermitteln.

Als Beispiel für eine wohnortnahe Hilfe, die im Rahmen der sozialräumlichen Angebote und Hilfen im Hamburger Westen geschaffen wird, sei hier die „Erziehungsberatungsstelle Altona West im Netzwerk“ genannt, deren Angebot in einem Trägerverbund von Diakonischem Werk, Diakonischem Werk Hamburg-West/Südholstein, Hamburger Kinder- und Jugendhilfe und der Großstadtmission durchgeführt wird. Neben verbindlichen Zuweisungen durch den ASD stehen die sozialräumlichen Angebote und Hilfen in den Stadtteilen Hilfesuchenden auch als Anlaufstellen zur Verfügung, die jede und jeder auch ohne Empfehlung des ASD alleine aufsuchen kann.

Obwohl die sozialräumliche Umgestaltung der Jugendhilfe von vielen Fachleuten begrüßt wird, kamen Gerüchte auf, damit solle es zu einer Abschaffung des gesetzlichen Anspruchs auf Hilfe zur Erziehung kommen. Die Befürchtung ist unbegründet: Eine Abschaffung des individuellen Rechtsanspruchs ist nicht vorgesehen!



Foto: Helene Souza, www.pixelio.de

Sozialräumliche Angebote und Hilfen für die Familien, die eine frühzeitige, wohnortnahe und niedrigschwellige Hilfe brauchen – Hilfen zur Erziehung den Familien, in denen sich massive Probleme womöglich seit langem aufgebaut haben. Deswegen untermauern die Sozialdemokraten die Hilfen zur Erziehung konsequent mit den sozialräumlichen Angeboten und Hilfen zu einem zweistufigen System. Mit diesen beiden Stufen sollen möglichst engmaschig alle Familien zielgenau gefördert und somit allen Kindern und Jugendlichen echte Chancen auf Teilhabe geboten werden.

Pfändungsschutz

P-Konto beantragen

Verschuldete Bürgerinnen und Bürger sollten bei ihrer Bank oder Sparkasse die Umwandlung ihres Kontos in ein so genanntes Pfändungsschutzkonto oder auch P-Konto beantragen.

Am 1. Januar 2012 entfällt der bisherige Kontopfändungsschutz, der vorsieht, Sozialleistungen in den ersten 14 Tagen nach Auszahlung von Pfändungen auszunehmen. Damit haben Schuldner die Gelegenheit, trotz einer Pfändung Zahlungen wie Miete oder das Abheben eines Bargeldbetrages für den täglichen Bedarf vorzunehmen. Das verbessert die Situation überschuldeter Haushalte, denn das P-Konto gewährt einen automatischen Basis-Schutz für alle Geldeingänge – nicht nur für Sozialleistungen – bis zu 1.028,89 Euro. Allerdings besteht der Schutz nur dann, wenn das Konto bei der kontoführenden Bank in ein P-Konto umgewandelt wurde. Ansonsten kann die volle Summe auf einem Konto gepfändet werden, ohne Rücklagen für den täglichen Bedarf zurückzulassen. Der automatische Basis-Schutz ist nur für eine Person ausgelegt. Wenn der Kontoinhaber für weitere Personen, etwa für Partner, Kinder oder Bedarfsgemeinschaftsmitglieder einen höheren Freibetrag braucht, dann benötigt er zusätzlich eine entsprechende Bescheinigung. Die schlichte Umwandlung des Girokontos in ein P-Konto reicht dann nicht aus.

Politik für Kids

Schöne Bescherung

In Hamburgs Portugiesenviertel wird leckeres Essen aufgetischt. Doch Carlos, ein Freund von Johannas Familie, hat plötzlich Gäste in seinem Lokal, die nicht zahlen wollen – nie wieder. Sogar seine Tochter Mariana wird bedroht.

Die Alster-Detektive schalten sich ein und ermitteln in ihrem fünften Fall. Die Kontakte des Abgeordneten Strasser öffnen ihnen viele Türen. Doch im Raubdezernat verlässt die Vier der Mut und das bringt sie selbst in Gefahr.



Die neue Folge der beliebten Krimi-Hörbücher für Kinder jetzt gratis im Büro von Frank Schmitt in der Luruper Hauptstraße 274 abholen!

Rathaustermine

Alle genannten Termine sind öffentlich. Für die Sitzungen der Bürgerschaft sollten Sie frühzeitig einen der begrenzten Plätze kostenfrei im Büro von Frank Schmitt reservieren.

Bürgerschaftssitzungen, Plenarsaal im Rathaus

Mi., 25. Januar, 15 Uhr
Mi., 8. Februar, 15 Uhr
Do., 9. Februar, 15 Uhr
Mi., 29. Februar, 15 Uhr
Mi., 28. März, 15 Uhr
Do., 29. März, 15 Uhr

PUA Elbphilharmonie

Fr., 20. Januar, 17 Uhr, Rathaus, Raum 151
Do., 2. Februar, 17 Uhr, Rathaus, Raum 151
Do., 16. Februar, 17 Uhr, Rathaus, Raum 151
Do., 1. März, 17 Uhr, Rathaus, Raum 151

Familien-, Kinder- und Jugendausschuss,

Di., 31. Januar, 17 Uhr, Rathaus, Raum 186
Di., 28. Februar, 17 Uhr, Rathaus, Raum 151

Verfassungs- und Bezirksausschuss

Fr., 27. Januar, 17 Uhr, Rathaus, Raum 151

Do., 23. Februar, 17 Uhr, Rathaus, Raum 151

Rathausführung

Montag, 23. 1., 13 Uhr

Frank Schmitt lädt Sie herzlich ein, das großartige Rathaus im Herzen Hamburgs zu besichtigen. Er führt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger durch die historischen Hallen.

Am 23. Januar um 13 Uhr beginnt die exklusive Führung. Melden Sie sich unbedingt vorher an unter Tel 876 00 466, die Zahl der Plätze ist begrenzt.

Kontakt

Frank Schmitt, MdHB
SPD Abgeordnetenbüro
Luruper Hauptstraße 274
22547 Hamburg

Telefon: 87 60 04 66
Fax: 87 60 04 67
Email: abgeordnetenbuero@frank-schmitt.info
Internet: www.frank-schmitt.info

Öffnungszeiten

Montags von 10 bis 13 Uhr
Donnerstags von 14 bis 17 Uhr

Sie können auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten einen Termin vereinbaren.

Newsletter

Möchten Sie den Newsletter regelmäßig beziehen? Wollen Sie ihn abbestellen? Lassen Sie es uns wissen.

Der Newsletter steht zum Download bereit auf www.frank-schmitt.info.

Impressum

ViSdP: Frank Schmitt, MdHB
Redaktion: Hans Wille
Luruper Hauptstraße 274
22547 Hamburg